



Niederschrift

Umwelt- und Agrarausschuss

20. Wahlperiode – 28. Sitzung

am Mittwoch, dem 15. Mai 2024, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Heiner Rickers (CDU), Vorsitzender

Rixa Kleinschmit (CDU)

Anette Röttger (CDU), in Vertretung von Cornelia Schmachtenberg

Sönke Siebke (CDU)

Manfred Uekermann (CDU)

Silke Backsen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Thomas Hölck (SPD)

Sandra Redmann (SPD)

Oliver Kumbartzky (FDP)

Christian Dirschauer (SSW)

Weitere Abgeordnete

Patrick Pender (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

| Tagesordnung: | Seite |
|--|--------------|
| 1. Vorstellung der Überlegungen von PreussenElektra über den Rückbau des Kernkraftwerks Brokdorf und die Weiternutzung des Standorts | 4 |
| Gespräch mit: – Dr. Guido Knott, Vorsitzender der Geschäftsführung der PreussenElektra GmbH, Hannover – Tammo Kammrath, Leiter der Anlage, Kernkraftwerk Brokdorf – Hauke Rathjen, Betriebsreferent, Kernkraftwerk Brokdorf | |
| 2. Bürgerforum Klima | 12 |
| Vorschlag der Landesregierung | |
| 3. Ergebnisse der Katzenkastrationsaktion im Frühjahr 2024 | 15 |
| Vorschlag der Landesregierung | |
| 4. Information/Kennntnisnahme | 16 |
| Umdruck 20/2965 – Bericht des Kreises Rendsburg-Eckernförde über das Pilotprojekt Videoüberwachung auf Schlachthöfen Umdruck 20/3091 – Bericht der Landesregierung über Erfassungen von Ertragsverlusten nach Gänsefraßschäden an Sommerungen Umdruck 20/3092 – Bericht der Landesregierung über den aktuellen Stand der Gespräche mit dem Bund über die EU-Schutzgebietsziele | |
| 5. Verschiedenes | 17 |
| a) Sachstandsbericht des MLLEV über Ministerkonferenzen | 17 |
| b) Delegationsreise des Ausschusses nach Karkendamm | 17 |
| c) Sitzung am 12. Juni 2024 | 17 |

Der Vorsitzende, Abgeordneter Rickers, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der folgenden Reihenfolge abgehandelt: 1 bis 4, 5 b), 5 c) und 5 a).

1. Vorstellung der Überlegungen von PreussenElektra über den Rückbau des Kernkraftwerks Brokdorf und die Weiternutzung des Standorts

Gespräch mit:

- Dr. Guido Knott, Vorsitzender der Geschäftsführung der PreussenElektra GmbH, Hannover
- Tammo Kammrath, Leiter der Anlage, Kernkraftwerk Brokdorf
- Hauke Rathjen, Betriebsreferent, Kernkraftwerk Brokdorf

hierzu: [Umdruck 20/3226](#)

Herr Dr. Knott, Vorsitzender der Geschäftsführung der PreussenElektra GmbH, lädt die Ausschussmitglieder zu einem Besuch des Standorts Kernkraftwerk Brokdorf ein.

Er gibt sodann einen kurzen Überblick über PreussenElektra sowie die Anlagen, die sich in deren Besitz befinden.

Er führt aus, dass sich PreussenElektra am 15. April 2023 vom Leistungsbetrieb der Kernkraftwerke für immer verabschiedet habe. An allen Standorten sei der Rückbau bereits gestartet worden. Eine Rückkehr der Anlage zu einem Leistungsbetrieb sei nicht mehr vorstellbar.

Herr Kammrath, Leiter des Kernkraftwerks Brokdorf, gibt einen Überblick über den derzeitigen Stand und den geplanten Rückbau. Er macht deutlich, der Auftrag zum Rückbau sei im Atomgesetz geregelt. Atomkraftwerke sollten unverzüglich stillgelegt und abgebaut werden. Unter Berücksichtigung vorbereitender Arbeiten sei ein entsprechender Antrag im Dezember 2017 in Erwartung einer Genehmigung innerhalb von fünf Jahren gestellt worden. Die zuständige Behörde sei die entsprechende Abteilung im MEKUN, die diesen Antrag seither bearbeite. Zum gleichen Zeitpunkt sei ein Antrag auf Errichtung und Betrieb einer Transportbereitstellungshalle für radioaktive Reststoffe gestellt worden. Dies sei notwendig, da derzeit noch kein Endlager vorhanden sei.

Der Rückbau der Anlage werde als eine gemeinsame Aufgabe gesehen, bei der die Betreiberin die Verantwortung trage. Das Ganze gehe aber nur in Zusammenarbeit mit der zuständigen Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde sowie den von ihr hinzugezogenen Sachverständigen. Nach seiner Auffassung hätten Politik und Gesellschaft eine Mitverantwortung im Sinne einer Unterstützung. Der Rückbau der Kernkraftwerke sei Ergebnis eines gesellschaftspolitischen Konsenses.

Der Rückbau sei unter den Slogan „sicher, pragmatisch und verlässlich“ gestellt worden. Unter „sicher“ sei zu verstehen, dass es keinen kleinsten gemeinsamen Nenner als die Sicherheit gebe; Sicherheit habe die höchste Priorität. Zu dem Stichwort „pragmatisch“ sei zu sagen, dass es einen gesetzlichen Rahmen gebe, der einzuhalten sei. Der vom Gesetzgeber gesetzte Rahmen lasse einen Handlungsspielraum. Dieser müsse nach seiner Auffassung in enger Abstimmung mit der Behörde angemessen ausgeübt werden, um eine ausgewogene Interpretation des Handlungsspielraums in Anspruch nehmen zu können. Dieser sollte sich daran orientieren, dass sich das Gefährdungspotenzial mit zunehmendem Rückbau reduziere. Unter „verlässlich“ sei zu verstehen, dass man sich auf Termine verlassen können müsse. Der Rückbau sei ein komplexes Vorgehen. Hier seien externe Partnerfirmen involviert mit allen Konsequenzen, wenn Termine nicht eingehalten würden.

Für die Durchführung des Abbaus sei die Vorlage von Genehmigungen zwingend notwendig. Die erste sei die erste Stillsetzungs- und Abbaugenehmigung. Darüber hinaus erforderlich seien rückbaurelevante Prozesse. PreussenElektra warte nunmehr seit Antragstellung auf die Genehmigung. Diese sechseinhalb Jahre seien länger als die Nettobauzeit des Kraftwerkes und länger, als die Behörde für die Genehmigung von Brunsbüttel gebraucht habe, und länger als der Durchschnitt aller anderen Genehmigungsverfahren für den Rückbau kerntechnischer Anlagen in Deutschland. PreussenElektra stehe in einem engen Austausch mit der Behörde. Nunmehr sei für August 2024 ein Entwurf der Genehmigung zugesagt worden.

Bereits jetzt hätten die Verzögerungen dazu geführt, dass die Rückbauziele entgegen der ursprünglichen Erwartungen weitgehend verfehlt würden. Es handele sich um terminliche und finanzielle Ziele. Hinzu komme die demografische Entwicklung. Das Durchschnittsalter der Beschäftigten betrage 50 Jahre. Diese Personen verfügten über Expertise und Qualifikation, die irgendwann verlorengehe. Außerdem leide die Motivation der Mitarbeitenden.

Mit Erteilung einer Genehmigung würden Nebenbestimmungen erwartet, die umgesetzt werden müssten. Außerdem müsse der Umbau durchführbar sein und dürfe sich nicht in Kleinigkeiten verhaseln.

Ein genehmigter Rückbau sei kein Freifahrtschein, sondern unterliege einem aufsichtlichen Verfahren. Bisher habe es gute Erfahrungen mit Änderungsanträgen gegeben; durchschnittlich seien diese innerhalb von drei Monaten bearbeitet worden. Jetzt sei aber festzustellen, dass man weit entfernt von einer Bearbeitungsdauer von drei Monaten sei; inzwischen betrage sie durchschnittlich sechs Monate, manche sogar mehr als ein Jahr.

Im Folgenden geht er insbesondere auf den geplanten Rückbau ein (siehe [Umdruck 20/3226](#)).

Herr Dr. Knott fasst aus Sicht von PreussenElektra insgesamt wie folgt zusammen: Rückbau sei keine Hexerei und kein technisches Novum. Die Anlage in Stade sei im Jahr 2000 abgefahren und für den Rückbau vorbereitet worden. Die Anlage in Würgassen sei das erste Kernkraftwerk, das inzwischen zurückgebaut sei. Dabei sei viel gelernt worden, was auf Brokdorf übertragen werden solle.

Schwer zu ertragen sei die Dauer, die Ungewissheit und die Unkalkulierbarkeit im bisherigen Verfahren. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus dem Rest der Republik sei es schwer zu verstehen, warum Dinge in Schleswig-Holstein so verkompliziert würden, so langwierig seien und sich so mühsam gestalteten. An allen anderen Standorten in der Bundesrepublik gebe es eine vollumfängliche Rückbauanordnung. Selbst für Isar, das noch bis April 2023 betrieben worden sei, sei man im Rückbau bereits ein Jahr weiter als in Brokdorf. Das habe eine ganze Reihe von Konsequenzen.

In der Verzögerung gegenüber der ursprünglichen Planung seien bereits etwa 100 Millionen Euro verbraucht worden. Es gebe einen Braindrain. Mitarbeitenden verließen das Unternehmen frustriert, weil sie für die nächsten Jahre keine sinnvolle Beschäftigung für sich sähen. Außerdem falle es zunehmend schwer, Fachpersonal zu erhalten. Zudem werde eine Chance vertan, an diesem Standort etwas Sinnvolles, Neues zu schaffen, das einen wesentlichen Beitrag zum Funktionieren der Energiewende leisten könne. Gehe es so weiter wie bisher, würden in Deutschland alle anderen kerntechnischen Anlagen bis auf die drei in Schleswig-Holstein

rückgebaut sein – ausgenommen möglicherweise die alten DDR-Reaktoren in Greifswald, was aber möglicherweise an der öffentlichen Hand liege, die den Rückbau betreibe.

Er macht deutlich, pro Jahr müssten 2.000 Tonnen aus der Anlage herausgebracht werden; erfolge dies nicht, sei jeder Zeitplan Makulatur. Für das Verfahren seien 1,1 Milliarden Euro an Rückstellungen gebildet worden. Die E.ON stehe zu ihrer Verpflichtung, diese Mittel aufzuwenden, um im Rückbau voranzukommen. Derzeit würden zunehmende Risiken gesehen, dass dieser Betrag nicht ausreichend sein dürfte. Das liege an den Sockelkosten. Die Personalkosten machten etwa 80 Prozent des Rückbaus aus. Beabsichtigt sei, 600 externe Personen zu beschäftigen.

Er betont, seine Ausführungen wolle er nicht als Bashing gegenüber den handelnden Personen verstanden wissen. Die Ansprechpartner stünden PreussenElektra immer zur Verfügung und hätten Verständnis für die vorgetragenen Sorgen und Nöte. Allerdings seien die personellen Ressourcen im Ministerium endlich und es gebe dort Fluktuation. Aus seiner Sicht bedürfe es dort weiterer Ressourcen und möglicherweise eines klareren Fokus auf das Thema.

Auf dem Standort sei geplant, eine modulare Batteriespeicheranlage zu errichten, die mit zunehmendem Rückbau erweitert werden könne. Momentan werde die derzeit größte Batteriespeicheranlage Europas mit 800 Megawatt Leistung geplant. Der Batterieaufbau solle im nächsten Jahr gestartet werden, sodass man Ende 2026/Anfang 2027 mit 100 Megawatt am Start wäre. Batteriespeicherkapazitäten gerade in der Nähe des Knotenpunktes Wilster würden einen großen Gewinn darstellen. Momentan könne eine Stromproduktion von 1,5 bis 1,7 Terrawattstunden im Jahr, die erneuerbar erzeugt würden, aufgrund der begrenzten Kapazitäten nicht genutzt werden. Mit einem derartigen Batteriespeicher gäbe es eine große Chance, einen Teil dieser Energie zu nutzen. Dies solle in Zusammenarbeit mit der TenneT geschehen. In Deutschland gebe es nach seiner Auffassung keinen anderen Standort, der so viel regenerative Energie und skandinavischen Strom bündele wie der Knotenpunkt in Wilster. Deswegen werde dort ein Knotenpunkt dringend gebraucht.

Der geplante Batteriespeicher solle auf der bereits versiegelten Fläche gebaut werden. Das habe den Vorteil, dass keine weitere Fläche versiegelt werde und bereits vorhandene Leitungen genutzt werden könnten. Voraussetzung für eine Realisierung dieser Pläne sei allerdings ein zügiger Rückbau.

Er weist ferner auf die persönliche Haftung der Geschäftsführer hin sowie darauf, dass die Kosten für den Rückbau im Wesentlichen von den Betreibern getragen würden. Er bittet darum, das Thema auch auf politischer Ebene weiterzuverfolgen und die notwendigen Ressourcen – im Bewusstsein der haushalterischen Lage des Landes – bereitzustellen. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass ein Großteil der Kosten von den Betreibern getragen werde.

Abgeordneter Kumbartzky bittet, die Landesregierung in der nächsten Sitzung zu diesem Thema einzuladen.

Er verweist auf die Antwort der Landesregierung auf seine Kleine Anfrage [Drucksache 20/758](#) und erkundigt sich nach der Bearbeitungsdauer für Zuverlässigkeitsprüfungen für Mitarbeitende von Fremdfirmen. – Herr Dr. Kott antwortet, die Prüfungen würden durchweg in Niedersachsen durchgeführt, weil dort der Hauptsitz der Firma sei. Die Prüfungen dauerten nach wie vor lange, häufig bis zu sechs Monate. Es habe gewisse Anpassungsprobleme bei der Software gegeben. Hintergrund sei, dass verschiedene Strafregister von internationalen Polizeibehörden abzufragen seien. Man versuche, die Schnittstellen so zu konfigurieren, dass die unterschiedlichen Systeme miteinander harmonierten und man nicht mehrere Anfragen stellen müsse. Diesbezüglich stehe man in engem Kontakt mit der niedersächsischen Regierung. Er sagt zu, dem Ausschuss Mitte des Jahres ein Update zuzuleiten.

Abgeordnete Redmann bittet um Übermittlung einer „Problemliste“ vonseiten PreussenEktoras. – Herr Dr. Knott sagt diese zu. Es gehe insbesondere darum, dass man sich zu 100 Prozent an das Atomgesetz und die Strahlenschutzverordnung halten wolle, was, gemessen am internationalen Vergleich, sehr streng sei. Nicht einzusehen seien darüber hinausgehende zusätzliche Anforderungen.

Abgeordnete Redmann spricht die Mitarbeitenden an und fragt nach konkreten Lösungsvorschlägen. – Herr Dr. Knott wiederholt, der Rückbau solle im Wesentlichen mit eigenem Personal durchgeführt werden. Wenn die Motivation schlecht sei, wechselten diese Personen die Stelle oder seien nicht mehr mit sehr viel Lust bei der Arbeit. Sie wollten loslegen. Nach Diskussionen sei für jede Person eine geeignete Position gefunden worden. Angestrebt werde, die Rückbaumaßnahmen in Eigenverantwortung durchzuführen. Dies sei rechtlich sicher geregelt unter anderem dadurch, dass die verantwortlichen Personen persönlich Verantwortung

trügen. Das sei vergleichbar mit Regelungen in anderen europäischen Ländern. Beispielhaft nennt er Schweden, in dem technische Anlagen in der Hälfte der Zeit mit einem wesentlich geringeren Budget abgebaut würden.

Angestrebt werde, bestimmte Dinge auf eine Positivliste setzen zu lassen, sodass diese ohne eine Zustimmungsfrist hinausgetragen werden könnten, die teilweise in Monaten zu bemessen sei.

Auf Fragen der Abgeordneten Backsen antwortet Herr Dr. Knott wie folgt: Die aufgeführten 665.000 Tonnen Material beziehe sich auf die gesamte Anlage. Der Anteil, der möglicherweise radioaktiv noch eine Restkontamination habe, betrage etwa 20.000 Tonnen. – In 2019 sei ein Zukunftspaket mit den Mitarbeitenden abgeschlossen worden. Darin gebe es eine Beschäftigungsgarantie bis 2030. Sofern der Abbau funktioniere, sei nicht beabsichtigt, größere Personalmengen abzubauen. Nach wie vor werde eingestellt. Er rechne damit, dass Anfang der 30er-Jahre noch etwa 1.000 Personen beschäftigt seien. – Die Anlage in Brokdorf habe derzeit etwa 260 Mitarbeitende. Im Leistungsbetrieb seien 320 Personen erforderlich gewesen. Wenn die Anlage über keine Brennstoffe mehr verfüge, würden voraussichtlich 160 eigene Mitarbeitende beschäftigt. – Das Thema Nachnutzung werde derzeit mit dem zuständigen Landrat und dem Bürgermeister sowie den Mitarbeitenden erörtert. Sicherlich werde eine zweistellige Anzahl von Personen, die Pflege, Wartung und Betrieb der Batterien durchführten, erforderlich sein. PreussenElektra verfüge über ein Gewerbegrundstück, das für Energienutzung vorreserviert sei, worunter seiner Auffassung nach auch Stromspeicherung in Batterien gehöre. Insofern sei eine Realisierung vom Grundsatz her möglich.

Herr Kammrath beantwortet eine weitere Frage der Abgeordneten Backsen dahin, dass in der Transportbereitstellungshalle die radioaktiven Abfälle zwischengelagert würden, bis ein Endlager zur Verfügung stehe. Gegebenenfalls werde diese Halle als Puffer für andere Abfälle genutzt werden. Brennelemente würden in das Standortzwischenlager verbracht.

Auf eine Frage der Abgeordneten Kleinschmit bestätigt Herr Dr. Knott, dass die Rückstellungen für den gesamten Rückbau gebildet seien. Das schließe die Errichtung der Transportbereitstellungshalle ein.

Herr Kammrath antwortet auf weitere Fragen der Abgeordneten Kleinschmit, dass es sich bei den Gutachtern um die bekannten Sachverständigenorganisationen wie beispielsweise TÜVs handele. Er macht darauf aufmerksam, dass auch diese Organisationen Ressourcenprobleme hätten.

Für August 2024 sei ein Entwurf einer Genehmigung zur Anhörung angekündigt worden. Zeitgleich gehe dieser Entwurf an den Bund zur bundesaufsichtlichen Prüfung. Für die Rückmeldungen sei von zwei bis drei Monaten auszugehen. – Zuständig für die Findung einer Deponie sei der Landkreis, der über keine geeignete Deponie verfüge. Deshalb werde derzeit darüber diskutiert, ob eine Ausschreibung notwendig sei und wie weit diese gehe. Er vertrete die Ansicht, dass dies nicht notwendig sei, sondern das MEKUN insbesondere vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen mit einer Zuweisung arbeiten könne. – Herr Dr. Knott ergänzt und betont, dass es sich bei den freigemessenen Abfällen um Abfälle handele, die die geringsten Grenzwerte überhaupt aufwiesen. Er bietet an, die vor Ort zu treffenden Maßnahmen entsprechend zu erläutern.

Auf Bitte von Herrn Dirschauer hinsichtlich weiterer Erläuterungen zum Freigabeverfahren nennt Herr Kammrath ein Beispiel. Es habe auf Anfrage eines Gymnasiums in Itzehoe das Bestreben gegeben, dem Gymnasium Labormaterial zur Verfügung zu stellen. Dieses Material sei nie im Kontrollbereich, sondern in einem konventionellen Labor gewesen, zum Teil sogar noch original verpackt. Nach Information der Genehmigungsbehörde sei es nicht gestattet worden, diese Dinge herauszugeben, weil keine geeignete Messtechnik vorhanden gewesen sei. Die Gerätschaften seien schließlich in Krümmel gemessen worden. Sie seien frei von radioaktiver Aktivität gewesen. Die Gegenstände hätten der Schule übergeben werden können. Einfacher wäre es gewesen, das Material neu zu kaufen. Angestrebt werde daher, eine Positivliste anzulegen. Derzeit werde beispielsweise diskutiert, ob Fisch, der, wenn aus der Elbe Kühlwasser für Kühlzwecke über die Rechenanlage angesaugt werde, in einer sogenannten Fischkiste lande, herausgabefähig sei, weil aufgrund möglicher verfahrenstechnischer Kopplungen im Kühlwassersystem eine Kontamination des Fisches möglich gewesen sei.

Hinsichtlich der Deponierung von freigemessenem Abfall seien frühzeitig Gespräche mit der Behörde eingeleitet worden. Zunächst einmal sei der Landkreis angesprochen worden. Dieser vertrete derzeit die Auffassung, dass auszuschreiben sei. Nach einem Gespräch zwischen

Kreis, MEKUN und PreussenElektra werde derzeit intern diskutiert. Eine Rückmeldung sei für Anfang Juni geplant.

(Stellvertretende Vorsitzende Backsen übernimmt den Vorsitz)

2. **Bürgerforum Klima**

Vorschlag der Landesregierung

Frau Günther, Staatssekretärin im Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur, berichtet über das Bürgerforum Klima und führt aus, die Landesregierung sei derzeit damit befasst, das neue Klimaschutzprogramm auf den Weg zu bringen. Es seien verschiedene Maßnahmen identifiziert worden, bei denen es gut sei, dass sie mit Bürgerinnen und Bürgern des Landes diskutiert würden. Das Beteiligungsverfahren sei angelaufen und ende Ende Juni 2024, kurz vor der Klimaschutzkonferenz, die eingerichtet worden sei, um Empfehlungen für die Landespolitik abzugeben.

3.000 Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein seien angeschrieben und gefragt worden, ob sie sich an diesem Format beteiligen wollten. Anhand der Rückmeldungen seien nach dem Zufallsprinzip 50 Personen, die ihr Interesse bekundet hätten, ausgewählt und eingeladen worden.

Die Auftaktveranstaltung habe Anfang Mai in Präsenz stattgefunden. Angeschlossen hätten sich zwei Onlineveranstaltungen, die am 7. und am 14. Mai durchgeführt worden seien. Geplant seien zwei weitere Onlineveranstaltungen im Mai und ein Abschlusswochenende in Präsenz Anfang Juni in Kiel. Die Übergabe der Empfehlungen des Bürgerforums Klima an die Landesregierung erfolge im Rahmen der Klimakonferenz am 3. Juli 2024.

Die vier Handlungsfelder seien nach folgenden Kriterien ausgewählt worden: Sie sollten einen Stellenwert in der aktuellen Klimaschutzpolitik des Landes erfüllen und eine Relevanz in der Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger haben. Es solle einen Handlungsspielraum geben. Außerdem solle es greifbar sei.

Themenfeld 1 sei überschrieben mit den „Begriffen Wohnen und Heizen“. Da gehe es um Fragen der kommunalen Wärmeplanung, klimaneutrales Wohnen in der Zukunft. Handlungsfeld 2 habe die Oberbegriffe „Energie und CO₂-Speicherung“. Konkret würden der Ausbau von Photovoltaik und die Nutzung von Senken besprochen. Handlungsfeld 3 sei überschrieben mit „klimafreundlicher Mobilität“. Hier gehe es um klimafreundliche Mobilitätsangebote und deren Finanzierungsmöglichkeiten. Hier gehe es um CO₂-Bepreisung und Rückverteilungsoptionen. Handlungsfeld 4 sei mit „Soziales“ überschrieben.

Sowohl die Handlungsfelder als auch die Themen hätten eine erhebliche Bandbreite. Damit sich die teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger gut einbringen könnten, sei es notwendig, in Präsenz, ergänzt durch Onlineformate, zu diskutieren.

Auf Fragen des Abgeordneten Dirschauer zur repräsentativen Auswahl der Teilnehmenden sowie zur wissenschaftlichen Begleitung legt Herr Wetzig, Mitarbeiter im Referat Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel, Bioökonomie im MEKUN, dar, das Bürgerforum solle die Bevölkerung in Schleswig-Holstein repräsentativ abbilden, und zwar hinsichtlich Alter, Wohnort, Geschlecht und Bildungsabschluss. Die Teilnehmenden seien in einem zweistufigen Verfahren ermittelt worden. Zunächst seien 3.000 Personen in allen 15 Landkreisen des Landes und in 17 Gemeinden eingeladen worden. In den 17 Gemeinden seien zufällig Personen angeschrieben worden. Im Zuge des Rücklaufs hätten diese Personen Auskunft zu den oben aufgeführten Kriterien gegeben. Die Auswahl aus den Rückläufern sei unter Berücksichtigung dieser Kriterien erfolgt.

Das Verfahren werde extern begleitet, und zwar angefangen bei der Konzeptionierung bis hin zur Durchführung. Es sei eine Ausschreibung durchgeführt worden. Von den fünf Angeboten habe man sich für das nexus Institut aus Berlin entschieden. Das Institut habe bereits verschiedene derartige Foren durchgeführt und sei ein erfahrener Dienstleister in diesem Bereich.

Staatssekretärin Günther geht auf weitere Fragen des Abgeordneten Dirschauer ein und legt dar, von Anfang an sei auch gegenüber den teilnehmenden Personen kommuniziert worden, dass deren Empfehlungen entgegengenommen und daraufhin geprüft würden, welche davon politisch umgesetzt würden. Geplant sei, eine Rückmeldung zu geben. Von vornherein sei ebenfalls kommuniziert worden, dass sie nicht unbedingt Eingang in das Klimaschutzprogramm des Landes fänden. Gleichwohl sei es wichtig, das Bürgerforum durchzuführen, um einen Resonanzboden in der Gesellschaft zu haben. Klimaschutz in der Breite funktioniere nur, wenn sich Menschen mitgenommen fühlten.

Zu der Frage hinsichtlich des Unterschiedes zwischen Bürgerforum und Bürgerrat meint sie, dass es sich um eine andere Begrifflichkeit handele.

Abgeordnete Backsen erkundigt sich nach der Auswahl der Handlungsfelder.

Abgeordnete Redmann bittet darum, dem Ausschuss die Präsentation zur Verfügung zu stellen, die bei der Einsetzung des Bürgerforums präsentiert worden sei. Außerdem fragt sie, wann das Parlament eingebunden werden solle.

Staatssekretärin Günther antwortet, bei der Auswahl der Themen sei berücksichtigt worden, dass die Themen einen Stellenwert haben sollten sowohl im konkreten Alltag der Personen als auch, dass ein konkreter Handlungsspielraum vorhanden sei. Die Themen wie die Einführungsvorträge seien vorgegeben worden. – Herr Wetzig ergänzt, die Themen seien im Haus ausgewählt und mit dem Dienstleister vordiskutiert worden, um abzuklären, ob es sich um diskutable Themen handele.

Bei der Themenauswahl – so auf eine Nachfrage der Abgeordneten Redmann – sei auch zu berücksichtigen gewesen, dass nicht alles habe ausgewählt werden können, da nur ein begrenzter Zeitraum zur Verfügung stehe. Gleichzeitig sollten möglichst viele Handlungsfelder abgedeckt werden. Beim Thema Landwirtschaft beispielsweise gebe es sehr viele weitere Themen, die berührt würden. Es wäre sehr schwierig gewesen, das zu destillieren. Zu berücksichtigen wären beispielsweise Ernährung, Energie und Weiteres. Für Bürgerinnen und Bürger würde es sehr schwierig bis unmöglich, sich in dem begrenzt zur Verfügung stehenden Zeitraum auf eine konkrete Fragestellung einzulassen. Mit einer ähnlichen Begründung seien auch andere Themen nicht berücksichtigt worden.

Staatssekretärin Günther merkt an, spontan könne sie die Frage nach der Einbindung des Parlaments nicht beantworten. Das werde sie nachreichen. Geprüft werde, ob die Präsentation zur Verfügung gestellt werden könne.

(Vorsitzender Rickers übernimmt den Vorsitz)

3. Ergebnisse der Katzenkastrationsaktion im Frühjahr 2024

Vorschlag der Landesregierung

Herr Schwarz, Minister für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz, berichtet, seit Beginn des Pilotprojekts gegen Katzenelend in Schleswig-Holstein 2014 hätten rund 29.400 Tiere im Rahmen der Aktionen kastriert werden können, also fast 3.000 Tiere jährlich. Aufgrund des Engagements aller Beteiligten habe das Projekt über die Jahre verstetigt und optimiert werden können. Das Land habe für 2024 von 90.000 auf 110.000 Euro aufgestockte jährliche Förderung bereitstellen können.

Die Frühjahrsaktion 2024 sei über den geplanten Zeitraum vom 19. Februar bis 1. März erfolgreich durchgeführt worden. Die zuvor erfolgten Modifikationen der Aktion hätten den gewünschten Erfolg erzielt. Im Frühjahr seien insgesamt 718 Tiere – 402 weibliche und 316 männliche – kastriert worden.

Der Fonds sei durch den Restbetrag, den noch eingehenden Finanzierungsbeitrag der Kommunen und die durch das Engagement des Landesverbandes des Deutschen Tierschutzbundes akquirierte Bingo!-Projektförderung für die kommende Herbstaktion 2024 gut gefüllt. Sie könne somit wieder über einen Zeitraum von vier Wochen durchgeführt werden.

Als Fazit sei zu sagen, dass die Fortführung des Projektes durch alle Beteiligten priorisiert und dank der aktiv vorangetriebenen Optimierungsprozesse ermöglicht werde.

Abgeordnete Redmann spricht sich erneut für eine landesweite Katzenschutzverordnung aus und erkundigt sich nach möglichen Erfolgsaussichten.

Minister Schwarz erwidert, sofern Kommunen eine Katzenschutzverordnung wollten, könnten sie sie umsetzen. Das Ministerium sei bereit, die Kommunen dabei zu unterstützen. Es handle sich dabei um eine kommunale Aufgabe. Im Übrigen verweist er auf einen diesbezüglichen Landtagsbeschluss.

Auf eine Frage des Abgeordneten Kock-Rohwer legt Frau Dr. Sekulla, Leiterin des Referats Tierschutz im MLLEV, dar, behandelte Tiere würden gechipt und registriert.

4. Information/Kenntnisnahme

[Umdruck 20/2965](#) – Bericht des Kreises Rendsburg-Eckernförde über das Pilotprojekt Videoüberwachung auf Schlachthöfen

[Umdruck 20/3091](#) – Bericht der Landesregierung über Erfassungen von Ertragsverlusten nach Gänsefraßschäden an Sommerungen

[Umdruck 20/3092](#) – Bericht der Landesregierung über den aktuellen Stand der Gespräche mit dem Bund über die EU-Schutzgebietsziele

Auf Bitten der Abgeordneten Redmann verständigt sich der Ausschuss darauf, nach der Plenardebatte in der kommenden Plenartagung gegebenenfalls eine Vertreterin und einen Vertreter des Kreisveterinäramtes Rendsburg-Eckernförde in den Ausschuss einzuladen.

Auf Anregung des Abgeordneten Uekermann kommt der Ausschuss überein, sich erneut mit dem Thema Ertragsverluste nach Gänsefraßschäden an Sommerungen zu beschäftigen.

Im Übrigen nimmt der Ausschuss die oben aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

5. Verschiedenes

a) Sachstandsbericht des MLLEV über Ministerkonferenzen

Herr Schwarz, Minister für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz, berichtet, am 15. März 2024 habe in Erfurt die letzte Agrarministerkonferenz stattgefunden. Es sei dort auch um den Abbau bürokratischer Regelungen gegangen. Die Länder hätten dem Bund 194 Vorschläge unterbreitet. Dabei handele es sich um viele Dinge, die auf Bundesebene geregelt werden könnten, aber auch solche, die auf europäischer Ebene geregelt werden müssten, sowie um Punkte, die auf der jeweiligen Landesebene geregelt werden könnten.

Am 22. Mai 2024 solle eine Sonderagrarministerkonferenz stattfinden. Dabei gehe es um den Strategieplan zur Gemeinsamen Agrarpolitik sowie das Thema Endbürokratisierung.

In der nächsten Agrarministerkonferenz im Herbst gehe es um die Umsetzung der Vorgaben der Europäischen Kommission sowie das Tierhaltungskennzeichnungsgesetz.

Abgeordnete Redmann bittet um Übermittlung der von Minister Schwarz genannten 194 Punkte. – Minister Schwarz sagt zu, dies zu überprüfen.

b) Delegationsreise des Ausschusses nach Karkendamm

Der Vorsitzende erinnert an die Delegationsreise am 5. Juni 2024 nach Karkendamm.

c) Sitzung am 12. Juni 2024

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Hausspitze des MLLEV wegen einer Europaministerkonferenz in dieser Sitzung nicht zur Verfügung stehe.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Rickers, schließt die Sitzung um 16:05 Uhr.

gez. Heiner Rickers
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin